

Frau Evelyne Riner  
Obergerichtsschreiberin  
Verwaltungsgericht des Kantons Aargau  
Obere Vorstadt 40  
5000 Aarau

Telefax 062 837 55 15

Brugg, 11. November 2013 / PAGAHOE

**Landolt Marc**, geb. 17.06.1978  
Rombachtäli 13, 5022 Rombach

PID: 40464  
FID: 251712

## **Zustellung KG**

Sehr geehrte Frau Riner

Beiliegend erhalten Sie die Unterlagen (aktuelle Krankengeschichte, Kardex, Austrittsberichte von früheren Hospitalisationen) über den oben genannten Patienten per Fax im Umfang von 29 Seiten.

Freundliche Grüsse

Psychiatrische Dienste Aargau AG

A. Hodel  
Sekretariat

*Dieser Bericht wurde elektronisch visiert und ist ohne Unterschrift gültig.*

Obere Vorstadt 40  
5000 Aarau  
062 835 39 50

WBE.2013.487 / Mi / jb



08-2  
KG 40464

Verfügung vom 12. November 2013

Beschwerde-  
führer

**Marc Landolt**, geboren am 17.06.1978, Rombachtäli 13, 5024 Küttigen  
Zustelladresse: Klinik Königsfelden, Postfach, 5201 Brugg AG

Gegenstand

Beschwerdeverfahren betreffend fürsorgerische Unterbringung  
(Klinikeinweisung)

Entscheid des Amtsarztes, Bezirk Lenzburg, vom 8. November 2013

Die Verwaltungsrichterin verfügt:

1.

Zustellung der undatierten Beschwerde (Postaufgabe: 9. November 2013; Posteingang: 11. November 2013) an die Psychiatrische Klinik Königsfelden. Die Akten wurden bereits beigezogen. Die Klinik wird ersucht, dem Verwaltungsgericht bis zum **18. November 2013, 10.00 Uhr, per Fax (062 837 55 15)** die Ergänzung des Verlaufsberichts (Einträge ab 11. November 2013) einzureichen.

**Sollte der Beschwerdeführer vor der Verhandlung aus der fürsorgerischen Unterbringung entlassen werden, hat die Klinik dem Verwaltungsgericht umgehend das Protokoll des Austrittsgesprächs sowie die Vereinbarung oder die Anordnung der Nachbetreuung einzureichen.**

2.

Zustellung der undatierten Beschwerde an die Schwester und an die Eltern des Beschwerdeführers. Ihnen steht es frei, sich dazu bis zum 18. November 2013 (Post-/Faxeingang beim Verwaltungsgericht) schriftlich zu äussern.

**6.**

An der Verhandlung werden namentlich zu folgenden Punkten Fragen gestellt:

**6.1.**

Persönliche Verhältnisse des Beschwerdeführers; kurz zusammengefasste Biographie - Ausbildung - Freizeit - Beziehungen - Finanzielle Verhältnisse.

**6.2.**

Erste psychische Störungen - bisherige Klinikaufenthalte und ambulante psychiatrische Behandlung.

**6.3.**

Gesundheitliche Entwicklung seit der letzten Entlassung aus der Klinik Königsfelden am 7. Juni 2006 - Medikation.

**6.4.**

Umstände der Klinikeinweisung vom 8. November 2013.

**6.5.**

Gesundheitszustand und Verhalten des Beschwerdeführers seit Klinikeintritt - Diagnose - Behandlungsplan - Medikation - Frage der Selbst- und Fremdgefährdung im Zeitpunkt der Einweisung und der Verhandlung.

**6.6.**

Weitere Behandlungsbedürftigkeit - Stationär oder ambulant - Zeitliche Dauer - Behandlungsziel - Krankheits- und Behandlungseinsicht des Beschwerdeführers.

**6.7.**

Rahmenbedingungen für eine Entlassung - Zukunft des Beschwerdeführers - Zustimmung zu einer ambulanten psychiatrischen Behandlung - Stand der Abklärungen für eine adäquate Nachbetreuung.

**6.8.**

Allfällige Behandlungen ohne Zustimmung und/oder Einschränkungen der Bewegungsfreiheit während des Klinikaufenthalts.

Dieser Themenkatalog ist nicht abschliessend. An der Verhandlung können weitere Punkte aufgegriffen werden.

**7.**

**Die angesetzten Fristen können nicht erstreckt werden. Es gilt kein Fristenstillstand.**

## Hinweise

### A. Allgemeines:

Wer zur Verhandlung nicht zum festgesetzten Zeitpunkt erscheint, gilt in der Regel als säumig (Art. 147 Abs. 1 der Schweizerischen Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 [ZPO; SR 272]) und hat die durch die Säumnis entstandenen Prozesskosten zu tragen (Art. 108 ZPO).

### B. Für die Parteien:

1.

Erscheint eine Partei nicht zur Verhandlung, wird diese gleichwohl durchgeführt. Erscheinen beide Parteien nicht, wird das Verfahren als gegenstandslos abgeschrieben (Art. 234 Abs. 2 ZPO).

2.

Ist die Parteibefragung angeordnet, hat die zu befragende Person in jedem Fall persönlich zu erscheinen. Bleibt sie aus und wird nicht aus einem anderen Grund erneut zur Verhandlung vorgeladen, wird einstweilen von ihrer Einvernahme abgesehen und lediglich die erschienene Partei befragt. Hält der Richter die Einvernahme des Säumigen danach für unerlässlich, ladet er ihn erneut vor und lässt ihn bei nochmaligem Ausbleiben polizeilich vorführen (Art. 192 ZPO).

### C. Für die Zeugen:

Wer als Zeuge vorgeladen ist, hat vor dem Richter zu erscheinen. Diese Pflicht trifft auch den Zeugen, der sich auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen will (Art. 7 des Konkordates über die Gewährung der gegenseitigen Rechtshilfe in Zivilsachen). **Die Möglichkeit der Einvernahme durch den Richter am Wohnsitz des Zeugen besteht nicht mehr.**

#### *Folgen der Säumnis*

Der ohne genügende Entschuldigung ausbleibende Zeuge wird mit einer Ordnungsbusse von bis zu Fr. 1'000.00 belegt und kann polizeilich vorgeführt werden, wenn er auch einer zweiten Vorladung keine Folge leistet. Er hat überdies die durch seine Säumnis verursachten Kosten zu bezahlen (Art. 108 ZPO).

#### *Entschädigung*

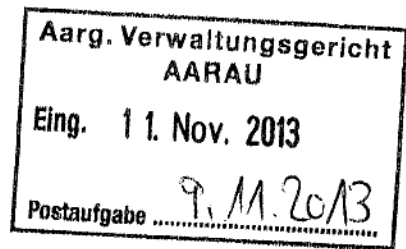
Die Zeugen erhalten eine Entschädigung von Fr. 13.00 pro Stunde für ihre Zeitversäumnis einschliesslich der Reisezeit. Weist ein Zeuge einen höheren Lohn- oder Verdienstausschlag nach, so kann die Entschädigung auf bis zu Fr. 65.00 pro Stunde erhöht werden. Die Zeugen erhalten überdies Ersatz für ihre Auslagen (§ 29 Verfahrenskostendekret).

Psychiatrische Klinik Königsfelden

Station P8-2

Postfach 298

5201 Brugg



Verwaltungsgericht  
Obere Vorstadt 4  
5000 Aarau

Beschwerde

Sehr geehrtes Gericht

Ich bin am 8.11.2013 durch Dr. med. Giovanni  
Lauter per FU (FFE) in die Psychiatrie eingewiesen  
worden. Dies ist vermutlich da ich viele Indizien  
bezüglich den Mord an Tabias More veröffentlicht  
habe.

Täterkreis bei den Behörden: Nick Brändli / Dr. Hans Jürg  
Pfisterer.

Deshalb vermutlich auch die Prohänge (von der ich  
nichts weiss) gegen Pfisterer über meinen Twitter  
Account. Daher bin ich nicht einverstanden mit FU

Mit freundlichen Grüßen

M. Landolt

Ziel wird es wohl sein mein Netzwerk in der  
Psychiatrie zu schädigen um die Spuren zu vertuschen

---

Zustellung an:  
den Beschwerdeführer  
die Klinik Königsfelden  
die Schwester: Ursula Landolt  
die Eltern: Marc und Margrit Landolt  
den Sachverständigen: Dr. med. van der Lem (samt Akten)  
die Staatsanwaltschaft Lenzburg-Aarau

---

Aarau, 12. November 2013

**Verwaltungsgericht des Kantons Aargau**

1. Kammer

Die Verwaltungsrichterin:



Bauhofer

**3.**

Die Staatsanwaltschaft Lenzburg-Aarau wird ersucht, dem Verwaltungsgericht **umgehend** sämtliche Akten im Zusammenhang mit den Twitter-Einträgen des Beschwerdeführers einzureichen.

**4.**

Als **sachverständige Person** zur Begutachtung wird bestimmt: **Dr. med. Daniel van der Lem, Baden.**

Dem Beschwerdeführer wird für die Erhebung von Einwendungen gegen die Bestellung der sachverständigen Person eine **Frist bis zum 14. November 2013, 15.00 Uhr**, angesetzt.

Falls berechtigte Einwendungen erfolgen, so findet die Verhandlung zu einem späteren Zeitpunkt statt.

**5.**

Das Verwaltungsgericht führt eine Verhandlung durch am:

**Dienstag, 19. November 2013, 13.00 Uhr**

in der Psychiatrischen Klinik Königsfelden (**Begegnungszentrum**, 1. Stock, Zimmer Gemina).

Der Parteibefragung wird unterstellt:

- der Beschwerdeführer (obligatorisch)

Als Zeugen werden einvernommen:

- die Schwester und Vertrauensperson: Ursula Landolt (obligatorisch)
- die Eltern: Marc und Margrit Landolt (freigestellt)

Als sachverständige Person wird vorgeladen:

- Dr. med. Daniel van der Lem, Baden (obligatorisch)

Zusätzlich wird vorgeladen:

- die Psychiatrische Klinik Königsfelden (obligatorisch)

**Diese Verfügung gilt als Vorladung.**

